



25/SVV/0669

Kleine Anfrage
öffentlich

Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes zur 50-km-Radarzone für Bundeswehr-Radare auf den Ausbau von Windenergieprojekten in Potsdam

Einreicher:	Datum
Björn Teuteberg/ Stadtverordneter/Fraktion der Freien Demokraten	30.06.2025

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Nach Berichten (u. a. *The Pioneer*) soll ein Entwurf im Rahmen des Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetzes vorsehen, dass im Umkreis von 50 Kilometern um Bundeswehr-Radarstandorte keine Windräder errichtet werden dürfen – bereits die potenzielle Störung soll ausreichen, um Vorhaben zu blockieren. Experten warnen, dass dadurch rund 33 % der Fläche Deutschlands betroffen wären und zahlreiche Projekte verzögert oder verhindert werden könnten. Da auch in Brandenburg und unmittelbar um Potsdam Windparkplanungen laufen, ist eine Einschätzung der Auswirkungen auf lokale Vorhaben dringend erforderlich.

Zur Kontrolle der Verwaltung fragen wir daher den Oberbürgermeister:

1. Welche laufenden oder geplanten Windenergieprojekte im Potsdamer Raum (inkl. Umland) befinden sich innerhalb des 50-km-Radius solcher Radarstandorte?
2. Wie bewertet die Verwaltung die rechtlichen Risiken für kommunale oder investorenseitige Projekte im geplanten Schutzbereichen, wenn das Gesetz so beschlossen werden sollte?
3. Gibt es bereits entsprechende Rückmeldungen oder Einwendungen vonseiten der Bundeswehr oder anderen zuständigen Behörden?
4. Welche Konsequenzen hätte die Gesetzesänderung konkret für die kommunale Strategie zur Windenergie in Potsdam?
5. Wären Fördermittel oder andere infrastrukturelle Planungen gefährdet?

Anlagen:
Keine